



Kern: Schulen und Schulträger besser unterstützen

FDP/DVP Fraktion fordert mehr Tempo bei der Digitalisierung, mehr Möglichkeiten der Personalauswahl für die Schulen und Unterstützung bei der Erfüllung der Hygiene-Vorgaben.

Zur den Ergebnissen einer Umfrage der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP Fraktion, **Dr. Timm Kern**:

„Dass eine Zweidrittelmehrheit der befragten Lehrkräfte die technischen Voraussetzungen für den digitalen Unterricht als mittelmäßig bis sehr schlecht bewertet, unterstreicht ein weiteres Mal die Notwendigkeit für die Landesregierung, bei der Digitalisierung endlich mehr Tempo zu machen. Rätselhaft bleibt auch, warum sich die Kultusministerin bei neuen Wegen der Personalgewinnung für die Schulen sperrt. Während sich die GEW für den Einsatz von Assistenzlehrkräften ausspricht, hat Frau Dr. Susanne Eisenmann dies nach Angaben der Gewerkschaft abgelehnt. Nach Auffassung der FDP/DVP Fraktion liegt aber ein Schlüssel für die Bekämpfung von Personalmangel vor allem darin, den Schulen mehr Möglichkeiten der Personalauswahl und -entwicklung zu geben. Nicht nur in Situationen wie der aktuellen wäre es für die Schulen eine große Hilfe, wenn sie beispielsweise Lehramtsstudenten als Assistenzlehrkräfte einsetzen könnten, die bereits ihr Erstes Staatsexamen absolviert haben. Außerdem sollte den Schulen ein eigenes Budget zur Verfügung gestellt werden, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Kurzum: Die aktuelle Situation unterstreicht nochmals, wie dringend notwendig es ist, die Eigenverantwortung der Schulen zu stärken.“

Notwendig wäre aber auch die Unterstützung für die Verantwortlichen in einem anderen Punkt. Die Erfüllung der Hygiene-Vorschriften beispielsweise bei der Gebäudereinigung und im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs erfordern einen zusätzlichen Personalaufwand. Dabei stehen die Kommunen als Schulträger, ebenso aber auch die freien Träger ziemlich alleine da. Auch wenn es sich um Schulträgeraufgaben handelt, darf die Kultusministerin Kommunen und freie Träger in dieser Situation nicht alleine lassen, sondern sollte auf sie zugehen und mit ihnen gemeinsam nach tragfähigen Lösungen suchen.“